



Caritasverband für das Kreisdekanat
Altena-Lüdenscheid e.V.

Der Mensch im Mittelpunkt.

Tel.:02351-905060

info@caritas-altena.de

Ihr Ansprechpartner:

Hans-Werner Wolff, Caritasdirektor

Pressemitteilung

Caritas fordert mehr Anstrengungen gegen Armut und Ausgrenzung

Auf ´ne Currywurst mit der Caritas

Lüdenscheid(cv-als) . „Die Caritas ist keine Partei und wirbt im Wahlkampf nicht um Stimmen, wir wollen denen aber, sich um einen Sitz im Landtag bewerben eine Kernbotschaft mitgeben: Setzen Sie sich für eine gerechte und solidarische Gesellschaft ein!“, begrüßte Caritasdirektor Hans-Werner Wolff am 5. Mai die teilnehmenden Landtagskandidatinnen und -kandidaten des Märkischen Kreises in Lüdenscheid. Die Caritas hatte „auf ´ne Currywurst“ eingeladen, um so Wähler und Politiker ins Gespräch zu bringen. Themen waren an diesem Nachmittag Wohnungslosigkeit und die Situation von Langzeitarbeitslosen im Märkischen Kreis.

In seinem Statement zur Wohnungslosigkeit wies Daniel Intile, Leiter der Beratungsstelle für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, auf die steigende Zahl wohnungsloser Menschen hin: Waren 2014 im südlichen Märkischen Kreis 195 Menschen wohnungslos, so hat sich diese Zahl bis zum 31.12.2016 um mehr als 30% auf 258 erhöht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe prognostiziert für die kommenden Jahre weitere dramatische Zuwächse. Dringend wird bezahlbarer Wohnraum und eine Stärkung des Ambulant Betreuten Wohnens benötigt.

Caritasdirektor Hans-Werner Wolff stellte heraus, dass 33.780 Menschen im Märkischen Kreis direkt oder als Familienangehörige Empfänger von HARTZ IV-Leistungen sind, darunter 9.235 Kinder und Jugendliche. Seit dem es die Hartz-IV-Gesetzgebung gibt, engagiert sich die Caritas für langzeitarbeitslose Männer und Frauen. Die Menschen, die von der Caritas im Rahmen von Beschäftigungsmöglichkeiten betreut werden, haben, neben einer langen Arbeitslosigkeit, eine oder mehrere Vermittlungshemmnisse: Keinen Schulabschluss bzw. Berufsausbildung, Hemmnisse durch Süchte (Alkohol und Drogenmissbrauch) oder Psychische Erkrankungen. „Wenn Politik über Langzeitarbeitslosigkeit redet, sind die von uns betreuten Menschen nicht im Blick, kritisiert Wolff.

In den vergangenen Jahren wurden die Maßnahmenplätze von 40 auf 15 reduziert, die sozialpädagogische Betreuung wurde gestrichen, die Anleiterstelle nicht ausreichend finanziert. Nach lebhaften Diskussionsrunden an den drei Stehtischen mit einzelnen Politikern berichteten alle Landtagskandidaten anschließend im Plenum davon, aus dem Gespräch mit den Bürgern selbst viele Anregungen mitgenommen zu haben. Dabei ergaben sich in einzelnen Fragen ganz neue Koalitionen: Ralf Schwarzkopf (CDU) und Manuel Huff (Die Linke) etwa waren sich einig in der Ansicht, "dass man mit dem Steuergeld, das unter Ausnutzung von Schlupflöchern der öffentlichen Hand entzogen wird, viel Sinnvolles tun könnte", so Schwarzkopf. Huff ergänzte: "Wenn wir das Problem der Steuerflucht in den Griff bekommen, können wir auch wesentlich mehr gegen die Wohnungslosigkeit unternehmen."

Am zweiten Stehtisch ging es über weite Strecken um eine Gerechtigkeitsdebatte zum Thema Arbeit. "Wird es überhaupt Vollbeschäftigung geben können? Und wenn nicht, welche Alternativen entwickeln wir dazu? Über diese Fragen hätten wir am Tisch noch lange weitersprechen können", berichtete Michael Thomas-Lienkämper (Die Linke). Sein Tischpartner Oliver Held (Bündnis 90 / Die Grünen) ergänzte um den Vorschlag, Arbeit anders zu verteilen und wieder in Arbeitsgelegenheiten für Menschen zu investieren, die nicht leistungsfähig genug seien für den ersten Arbeitsmarkt.

Gordan Dudas (SPD) lobte ausdrücklich die Form der sozialpolitischen "Currywurst"-Gespräche der Caritas: "Es ist ein guter Ansatz für zukünftige Debatten, nicht parteipolitisch, sondern ergebnisorientiert miteinander zu sprechen." Auch Angela Freimuth (FDP) lobte den Konsens der Teilnehmer am runden Tisch, den Einzelnen in seiner Eigenverantwortung stärken zu wollen: "Es gibt nicht die eine Patentlösung für individuelle Situationen, wenn man Teilhabe ermöglichen will."